



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel, Martin Böhm, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Jährliches Gutachten zur Versorgungssicherheit der bayerischen Industrie und Wirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, jährlich ein „Gutachten zur Versorgungssicherheit der bayerischen Industrie und Wirtschaft mit den wichtigsten Warengruppen“ zu veröffentlichen. Darin soll die Versorgungssicherheit in den folgenden Warengruppen dargestellt werden:

- Rohstoffe (z. B. Seltene Erden, strategische Industriemetalle und Baustoffe)
- Energieträger (z. B. Kohlenwasserstoffe, Wasserstoff und nukleare Brennstäbe)
- landwirtschaftliche Produkte (z. B. Düngemittel und Hauptnahrungsmittel)
- strategisch wichtige Zwischengüter des verarbeitenden Gewerbes (z. B. Halbleiter)

Darüber hinaus sollte der jährliche Bericht eine Bewertung enthalten über

- die Preisentwicklung und wahrscheinliche zukünftige Preistrends in diesen Warengruppen,
- die Entwicklung der Diversifizierung der Lieferketten in diesen Warengruppen,
- die Lage der strategischen Reserven dieser Gütergruppen in Deutschland und Bayern,
- die Entwicklung beim „Reshoring“ in Deutschland oder Bayern bzw. beim „Nearshoring“ in der EU der Produktion dieser Warengruppen.

Der Bericht sollte auch Handelsschock-Stresstests für jeweils verschiedene ausgewählte Warengruppen enthalten.

Zur Erstellung dieses Gutachtens wird die Staatsregierung aufgefordert, einen Forschungsauftrag auszuschreiben.

Begründung:

Internationale Lieferengpässe aufgrund der Coronaeinschränkungen, z. B. wegen des No-Covid-Ansatzes in China, sowie aufgrund des Krieges in der Ukraine haben die Fragilität der deutschen Lieferketten im Falle unerwarteter Handelsschocks aufgezeigt.

Laut einer Umfrage des ifo Instituts von März 2022 klagen 80,2 Prozent der deutschen Unternehmen über Engpässe und Probleme bei der Beschaffung von Zwischenproduk-

ten und Rohstoffen. Über 90 Prozent der Automobilunternehmen, Elektro- und Elektronikunternehmen sowie der Hersteller von Maschinen und Anlagen meldeten Engpässe bei den wichtigsten Materialien und Vorprodukten.¹

Bereits vor dem Ukraine-Konflikt bewertete ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw) die Versorgungssicherheit für die Wirtschaft in 22 von 45 wichtigen Rohstoffen als kritisch. Abgesehen von Preisrisiken bei Kupfer und Eisen stufte die Studie die Versorgungssituation bei Seltenen Erden und strategischen Industriemetallen wie Kobalt, Lithium, Graphit, Platin, Tantal und Niob, die z. B. für batteriebetriebene elektrische Fahrzeuge, Elektrolyseure, Katalysatoren und Windkraftgeneratoren unerlässlich sind, als besonders gefährdet ein.²

Nach Schätzungen des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel) haben Versorgungsengpässe die deutsche Wirtschaft im Jahr 2021 25 Mrd. Euro gekostet.³ Eine aktuelle IAB-Studie (IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) kommt zu dem Ergebnis, dass 76 000 Menschen im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe durch die Versorgungsengpässe ihren Arbeitsplatz verloren haben, und fast eine halbe Million mussten in Kurzarbeit gehen.⁴

Die globale Arbeitsteilung nimmt ab und künftige Handelsschocks sind wahrscheinlich. So könnten z. B. geopolitische Differenzen zu einem potenziellen Handelskrieg zwischen der EU und China führen, der, wie Studien von Felbermayr et al. (2021/2022) zeigen, Deutschlands global vernetzte Wirtschaft um 1,4 bis 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kosten würde.⁵

ZEW-Präsident Achim Wambach (ZEW = Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) plädiert dafür, aus den vorherigen Erfahrungen der Lieferengpässe zu lernen, und fordert daher die Einführung von Handelsschock-Stresstests, Bewertungen der Lieferkettendiversifizierung auf Länderebene und „Living-Will“-Insolvenz-Verpflichtungen für Unternehmen.⁶

¹ Wohlrabe K. (2022). Materialmangel verschärft sich nach dem Angriff auf die Ukraine. ifo Institut. URL: <https://www.ifo.de/node/68786>

² Bähr C. et al. (2021) Rohstoffsituation der bayerischen Wirtschaft 2021. IW Köln, vbw. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/cornelius-baehr-hilmar-klink-thorsten-lang-rohstoffsituation-der-bayerischen-wirtschaft-2021.html>

³ Gern K.J. (2021). Lieferengpässe kosten deutsche Volkswirtschaft rund 25 Mrd. Euro. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2021/lieferengpaesse-kosten-deutsche-volkswirtschaft-rund-25-mrd-euro/>

⁴ BR24 (2022). Studie: Materialmangel in Industrie kostete Zehntausende Jobs. URL: https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/studie-materialmangel-in-industrie-kostete-zehntausende-jobs_T0L3Y3p

⁵ Felbermayr G. et al. (2022). Decoupling Europe. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/publications/kiel-policy-brief/2021/decoupling-europe-16271/> | Felbermayr G. et al. (2022). Cutting through the Value Chain: The Long-Run Effects of Decoupling the East from the West. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/publications/kiel-working-papers/2022/cutting-through-the-value-chain-the-long-run-effects-of-decoupling-the-east-from-the-west-17087/>

⁶ Wambach A. (2022). Deutschlands Energie-Abhängigkeit: Lehren aus der Russland-Falle. Münchner Merkur. URL: <https://www.merkur.de/wirtschaft/ukraine-krieg-russland-wirtschaft-energie-abhaengigkeit-embargo-achim-wambach-zew-mannheim-zr-91483050.html>